

T-000 ISK/AS + Helmut Schmidt

P1L 961H2

J

xtdokumentation

Quelle

Zeit

Datum

23. März 1979 13

# Das Gewitter ist abgezogen

A102C05

## Der Bundeskanzler lobt die Eintracht mit den USA / Von Josef Joffe

*bn* Hamburg, im März

Schmidt gibt Spannungen zwischen Bonn und USA zu“ — so stand es schlagzeilengroß in der jüngsten Ausgabe einer Hamburger Sonntagszeitung, verfaßt von einem Journalisten, der, wohl um Distanz zu bewahren, von Bonn aus beschrieb, was der Kanzler 450 Kilometer entfernt in Hamburg gesagt hatte.

Im Alstersaal des Hamburger Atlantic-Hotels, wo der Kanzler ein Essen für die Teilnehmer der zehnten Deutsch-Amerikanischen Konferenz gab, war freilich von „Spannungen“ nichts zu spüren. Im Gegenteil: Als Helmut Schmidt den Raum betrat, standen die 120 Delegierten — renommierte Politiker und Professoren, Publizisten und Wirtschaftler — spontan auf, um dem Kanzler ihre Reverenz zu erweisen. Sonst ging es zu, wie bei einer Familienfeier: Manche Amerikaner kannten Schmidt schon aus den sechziger Jahren, redeten ihn mit „Helmut“ an. Der Kanzler antwortete: Hallo Shep, Dan, Bob.

Was hatte der Kanzler wirklich gesagt? Er sprach in der Tat von „Irritationen“ — aber er zitierte dabei aus einer eigenen Rede vom Mai 1967, um seine Gäste daran zu erinnern, daß die deutsch-amerikanische Partnerschaft auf einem Fundament von gemeinsamen Werten und Interessen ruhe, die allemal stärker seien als die Streitereien und Verstimmungen der vergangenen dreißiger Jahre. Sodann folgte eine Freundschaftsbekundung der anderen: „Unsere Beziehungen sind noch nie enger und gesünder gewesen als heute.“ Und: „Wir müssen sicherstellen, daß dieser Konsensus nicht unterminiert wird, trotz des sich anbahnenden Generationswechsels in beiden Ländern.“

Wer sich an die Deutsch-Amerikanische Konferenz vor zwei Jahren in Princeton erinnert, wird Helmut Schmidt nicht widersprechen wollen. Im März 1978, zwei Monate nach Carters Amtsantritt, glich das Freundschaftstreffen einem handfesten Familienkrach. Die Deutschen argwöhnten, die Amerikaner hätten das Multimilliarden-Atomgeschäft mit Brasilien verhin-

dern wollen; die Amerikaner glaubten, den Deutschen sei der Profit wichtiger als die Gefahr, daß Brasilien die Kernkraftwerke militärisch mißbrauchen könnte. Die Deutschen fürchteten, daß Carters rigorose Menschenrechts-Rhetorik und seine Salt-Politik die Entspannung in Europa aus dem Gleis werfen könnte. Zugleich vergiftete damals der Streit über die „richtige“ Weltkonjunkturpolitik die Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten — eine private Konferenz war zum Spiegelbild der offiziellen Verstimmungen geworden.

Jetzt hingegen herrschte in Hamburg freundschaftliche Gelassenheit. In der Frage der atomaren Exportpolitik sind beide Länder weniger selbstgerecht und dafür um so nachdenklicher geworden. „Wir haben uns stetig aufeinander zubewegt“, meinte ein amerikanischer Professor, der vor zwei Jahren noch als Offizieller im Zentrum des Sturms gestanden hatte. Der Kanzler schien dies zu teilen. In seiner Tischrede äußerte er sich verständnisvoll über Amerikas Anstrengung, den Atomwaffensperrvertrag zu „unterfüttern“.

Auch in der Weltwirtschaftspolitik drängen die Amerikaner die Deutschen längst nicht mehr, ihre „Lokomotive“ unter Dampf zu setzen. In ihrer eigenen Wirtschaft haben sie inzwischen vorsichtig die Bremsen angezogen, um die Inflation besser bekämpfen zu können. Zugleich hat Amerika seine schulterzuckende Gleichgültigkeit gegenüber dem Verfall des Dollars — eine ständige „Irritation“ im Verhältnis zu den Europäern — aufgegeben. Seit November 1978 betreibt Amerika, wenn auch noch zaghaft, eine Stützung des Dollars. Die Vereinigten Staaten könnten ruhig noch ein bißchen energischer gegen die Inflation vorgehen, mahnte Schmidt während seiner Tischrede. Aber das wollte er nur „in Klammern“ gesagt haben — ein Zugeständnis an die neue Jovialität.

In der Debatte über die „Grauzonenwaffen“ und darüber, ob die Nato in Europa weitreichende Kernwaffen stationieren soll, um ein

Quelle **Zeit**

Datum **23. März 1979** 13

A 102006

#2

Gegengewicht zur sowjetischen SS-20 zu schaffen, haben Bonn und Washington nach der Erfahrung mit der Neutronenwaffe den Schluß gezogen, fortan mit aller gebotenen Behutsamkeit vorzugehen. In Hamburg lautete die Parole: „Abwarten und verhandeln.“

Doch am Horizont werden neue Probleme sichtbar. Die Ölkrise, die viele erst für die neunziger Jahre vorausgesehen haben, ist schon heute Wirklichkeit. Der Teilausfall des Irans hat seit Jahresende eine Lücke von zwei Millionen Faß (Barrel) pro Tag aufgerissen — genau soviel wie im Winter 1973/74. Damals stiegen die Ölpreise um 400 Prozent; heute wird ein Fünfzig-Prozent-Aufschlag bis zum Jahresende erwartet. Wie sollen die Länder diese gewaltigen Summen aufbringen? Walter Levy, ein renommierter amerikanischer Olexperte, bezweifelte in Hamburg, daß der Markt dieses Problem bewältigen kann. Er plädierte für einen westlichen Zusammenschluß, der dem Opec-Monopol politisch Paroli bieten soll.

Ein amerikanischer Senator ging im privaten Gespräch noch ein paar theoretische Schritte weiter: Wenn jemals eine militärische Intervention zum Schutze der saudischen Ölfelder notwendig werde — Saudi-Arabien ist nach dem Iran die letzte Bastion des Westens —, stelle ich die Frage, ob sich hieran außer den Vereinigten Staaten nicht andere westliche Staaten, auch die Bundesrepublik, beteiligen müßten. Schließlich seien die Europäer vom Nahostöl noch abhängiger als Amerika.

Ob Wirtschafts-, Entspannungs- oder Sicherheitsfragen: Der Streit, so es ihn gab, entfaltete sich auf der Hamburger Konferenz nicht feinsäuberlich *zwischen*, sondern *innerhalb* der Delegationen, unter den Amerikanern und unter den Deutschen. Solange auf diese Weise ein Zusammenprall nackter nationaler Interessen verhindert wird, werden auch die künftigen „Irritationen“ zwischen Deutschland und Amerika die enge Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen. 10